

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren,

12. September 2017
1 von 2

zur **13.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung lade
ich ein für

**Mittwoch, 20. September 2017, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

- 1. Digitalisierung an den Kasseler Schulen**
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 8. Mai 2017
Bericht des Magistrats
-101.18.467-
- 2. Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA)**
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 8. Mai 2017
Bericht des Magistrats
-101.18.491-
- 3. Gesundheitliche Entwicklung der Kasseler Kinder**
Gemeinsame Anfrage der Fraktionen SPD und B90/Grüne und der
Stadtverordneten Dr. Cornelia Janusch und Andreas Ernst
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Boris Mijatovic
- 101.18.613 -
- 4. Verbesserung der Sicherheit gefährlicher Schulwege**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Jutta Schwalm
- 101.18.652 -

5. Unterrichtsbefreiung aufgrund religiöser Feiertage

2 von 2

Anfrage der CDU-Fraktion

Berichtersteller/in: Stadtverordnete Jutta Schwalm

- 101.18.653 -

6. Bundesmittel KIP

Anfrage der CDU-Fraktion

Berichtersteller/in: Stadtverordnete Jutta Schwalm

- 101.18.655 -

7. Teilnahme muslimischer Schülerinnen und Schüler am Ethikunterricht

Anfrage der CDU-Fraktion

Berichtersteller/in: Stadtverordnete Jutta Schwalm

- 101.18.656 -

8. Schülerticket auch für die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II

Gemeinsamer Antrag der Stadtverordneten Burmeister und Nölke, FDP

Berichtersteller/in: Stadtverordneter Matthias Nölke

- 101.18.658 -

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann

Vorsitzende

Niederschrift
über die 13. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
am **Mittwoch, 20. September 2017, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

22. September 2017
1 von 6

Anwesende:

Mitglieder

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, Vorsitzende, B90/Grüne
Anke Bergmann, Mitglied, SPD
Helene Freund, Mitglied, SPD (Vertretung für Dr. Isabel Carqueville)
Sascha Gröling, Mitglied, SPD (Vertretung für Sabine Wurst)
Patrick Hartmann, Mitglied, SPD bis TOP 3 (18.20 Uhr)
Marcus Leitschuh, Mitglied, CDU
Jutta Schwalm, Mitglied, CDU
Boris Mijatovic, Mitglied, B90/Grüne
Thomas Materner, Mitglied, AfD
Simon Aulepp, Mitglied, Kasseler Linke
Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, Freie Wähler (Vertretung für Vera Gleuel)

Teilnehmer mit beratender Stimme

Andreas Ernst, Stadtverordneter, parteilos
Matthias Nölke, Stadtverordneter, FDP ab TOP 1 (17.30 Uhr)
Christel Gusek, Vertreterin des Seniorenbeirates
Richard Pinks, Vertreter des Behindertenbeirates

Magistrat

Anne Janz, Stadträtin, B90/Grüne

Schriftführung

Jutta Butterweck, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Dr. Michael von Rüden, 1. stellvertretender Vorsitzender, CDU
Richard Klock, Mitglied, AfD

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Dr. Georg Förster, Straßenverkehrs- und Tiefbauamt
Dr. Karin Müller, Gesundheitsamt Region Kassel
Bernd Heger, Schulverwaltungsamt
Susanne Schiemann-Koch, Schulverwaltungsamt
Dieter Welz, Schulverwaltungsamt
Judith Osterbrink, Jugendamt
Manuela Homm, Unabhängige Beratungsstelle Schule - Inklusion

Tagesordnung:

- | | |
|---|------------|
| 1. Digitalisierung an den Kasseler Schulen | 101.18.467 |
| 2. Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA) | 101.18.491 |
| 3. Gesundheitliche Entwicklung der Kasseler Kinder | 101.18.613 |
| 4. Verbesserung der Sicherheit gefährlicher Schulwege | 101.18.652 |
| 5. Unterrichtsbefreiung aufgrund religiöser Feiertage | 101.18.653 |
| 6. Bundesmittel KIP | 101.18.655 |
| 7. Teilnahme muslimischer Schülerinnen und Schüler am Ethikunterricht | 101.18.656 |
| 8. Schülerticket auch für die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II | 101.18.658 |

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann eröffnet die mit der Einladung vom 12. September 2017 ordnungsgemäß einberufene 13. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Stadtverordneter Aulepp, Fraktion Kasseler Linke, beantragt, den Tagesordnungspunkt 6. betr. **Bundesmittel KIP**, Anfrage der CDU-Fraktion, 101.18.655, vor Tagesordnungspunkt 1. zur Behandlung aufzurufen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann stellt die geänderte Tagesordnung so fest.

- 6. Bundesmittel KIP**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.655 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Nach welchen Kriterien soll die Verteilung der Bundesmittel für das kommunale Investitionsprogramm (KIP) erfolgen?
2. Welche Mittel in welcher Höhe sind für die Kasseler Schulen vorgesehen?

3. Welche Prioritäten werden für den Einsatz der Mittel angelegt? 3 von 6
4. Zu welchem Zeitpunkt können die Mittel frühestens verplant werden?
5. Kann der Magistrat grundsätzlich die Höhe des Sanierungsbedarfs der Kasseler Schulen beziffern?

Stadträtin Janz beantwortet die Anfrage sowie die weiteren Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Nach Beantwortung durch Stadträtin Janz erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

1. Digitalisierung an den Kasseler Schulen

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 8. Mai 2017

Bericht des Magistrats

-101.18.467-

Beschluss

Der Magistrat wird gebeten, über den aktuellen Stand der Digitalisierung an den Kasseler Schulen zu berichten.

Des Weiteren wird der Magistrat gebeten, zu berichten, ob und in welchem Umfang im Rahmen des Bundes-Förderprogramms „Digitale Medien in der beruflichen Bildung“ Mittel beantragt und genehmigt wurden.

Die Ergebnisse und ggf. Projekte sollen dem Ausschuss für Jugend, Schule und Bildung vorgestellt werden.

Stadträtin Janz gibt das Wort an Herrn Bernd Heger, Schulverwaltungsamt, der im Rahmen einer PowerPoint-Präsentation über den aktuellen Ausbaustand und die weiteren Planungen und Ziele informiert. Weitere Nachfragen der Ausschussmitglieder werden von Stadträtin Janz, Herrn Heger, Frau Susanne Schiemann-Koch, Leiterin Medienzentrum und Herrn Dieter Welz, Medienzentrum, beantwortet. Ein schriftlicher Bericht wird zugesagt.

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann erklärt den Bericht nach Berichterstattung durch Stadträtin Janz, Herrn Bernd Heger, Schulverwaltungsamt, Frau Susanne Schiemann-Koch und Herrn Dieter Welz, beide Medienzentrum, für erledigt.

2. Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA)

4 von 6

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 8. Mai 2017

Bericht des Magistrats

-101.18.491-

Beschluss

Der Magistrat wird gebeten, die neue Schulform „BÜA“, Berufsschule im Übergang vorzustellen und u.a. auf folgende Aspekte einzugehen:

- Welche bildungspolitischen Ziele sind mit der Schulform BÜA verbunden?
- Welche Schulen und welche Kooperationspartner aus der Praxis sind beteiligt?
- Wie sind die Schulen bzw. Lehrkräfte auf die Umsetzung dieser Schulform vorbereitet?
- Welche Chancen bestehen für Absolventen*innen der Stufe I wie auch der Stufe II genügend Ausbildungsplätze zu erhalten?
- Welche Herausforderungen kommen auf die Stadt als Schulträger zu?

Stadträtin Janz und Herr Bernd Heger, Schulverwaltungsamt, informieren über den Stand des Schulversuches in den alle 7 beruflichen Schulen (Stadt und Landkreis) eingebunden sind und beantworten die weiteren Nachfragen. Eine schriftliche Berichterstattung wird zugesagt.

Nach Berichterstattung durch Stadträtin Janz und Herrn Bernd Heger, Schulverwaltungsamt, erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann den Bericht für erledigt.

3. Gesundheitliche Entwicklung der Kasseler Kinder

Gemeinsame Anfrage der Fraktionen SPD und B90/Grüne und der Stadtverordneten Dr. Cornelia Janusch und Andreas Ernst

- 101.18.613 -

Gemeinsame Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Erkenntnisse hat der Magistrat über die gesundheitlichen Entwicklungen bei Kindern?
2. Wie bewertet der Magistrat die Kooperation der Einrichtungen (Sportvereine, Stadtimker, Kinderbauernhof, etc.) untereinander und mit weiteren Akteuren?
3. Welche Programme und Angebote haben sich erfolgreich gezeigt, welche könnten gestärkt, welche aufgebaut werden?

4. Wie bewertet der Magistrat Angebote der Umwelt- und Gesundheitsbildung im Zusammenhang mit der gesundheitlichen Entwicklung?

5 von 6

Stadtverordneter Mijatovic, Fraktion B90/Grüne begründet die gemeinsame Anfrage der Fraktionen SPD, B90/Grüne und der Stadtverordneten Dr. Cornelia Janusch und Andreas Ernst. Stadträtin Janz gibt das Wort zur Beantwortung der Anfrage an Frau Dr. Karin Müller, Amtsleiterin Gesundheitsamt Region Kassel und Frau Judith Osterbrink, Amtsleiterin Jugendamt. Die schriftlichen Antworten werden als Anlage zur Niederschrift zugesagt.

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann erklärt die Anfrage nach Beantwortung durch Stadträtin Janz, Frau Dr. Karin Müller, Leiterin Gesundheitsamt Region Kassel und Frau Judith Osterbrink, Amtsleiterin Jugendamt, für erledigt.

- 4. Verbesserung der Sicherheit gefährlicher Schulwege**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.652 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

- 5. Unterrichtsbefreiung aufgrund religiöser Feiertage**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.653 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

- 7. Teilnahme muslimischer Schülerinnen und Schüler am Ethikunterricht**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.656 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

- 8. Schülerticket auch für die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II**
Gemeinsamer Antrag der Stadtverordneten Burmeister und Nölke, FDP
- 101.18.658 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

Ende der Sitzung: 19.02 Uhr

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Jutta Butterweck
Schriftführerin

Digitalisierung an den Kasseler Schulen

1 Digitalisierung an den Kasseler Schulen* -40- • Bernd Hegner* 2017

Aktueller Ausbaustand:

1. Vernetzung der Schulverwaltungen:

- Seit Anfang 2016 sind die Schulverwaltungen an allen Kasseler Schulen mit insgesamt 352 wartungsarmen IT-Arbeitsplätzen in einem Schulträgernetz eingebunden
- Ein Beirat mit Vertretern aus allen Schulformen und der Verwaltung begleitet die Umsetzung
- Bei Bedarf haben Schulleitungsmitglieder die Möglichkeit, vom häuslichen Arbeitsplatz das Verwaltungsnetz zu nutzen

2 Digitalisierung an den Kasseler Schulen* -40- • Bernd Hegner* 2017

Aktueller Ausbaustand:**2. Pädagogisches Netz berufliche Schulen:**

- Derzeit sind die beruflichen Schulen mit ca. 2650 PC- bzw. Laptopenheiten, 118 Tablets, 25 Smartboards und 61 Servern ausgestattet.
- In der Max-Eyth-Schule und der Oskar-von-Miller-Schule, arbeitet je ein IT-Techniker. Die Arnold-Bode-Schule, die Elisabeth-Knippling-Schule, die Martin-Luther-King-Schule und die Paul-Julius-von-Reuter-Schule sind mit je 0,5 IT-Techniker ausgestattet (in Perspektive 1 Stelle/Schule)

3 Digitalisierung an den Kasseler Schulen* -40- • Bernd Hegner* 2017**Aktueller Ausbaustand:****2. Pädagogisches Netz berufliche Schulen:**

- Die Friedrich-List-Schule organisiert den IT-Support extern über Fachfirmen und erhält dafür Mittel in Höhe von 32800 € jährlich.
- Die Mitarbeiter in den beruflichen Schulen sind dem Sachgebiet IT in Kasseler Schulen und Medienzentrum zugeordnet

4 Digitalisierung an den Kasseler Schulen* -40- • Bernd Hegner* 2017

Aktueller Ausbaustand:**2. Pädagogisches Netz allg. Schulen:**

- Grundlage für die technische Ausstattung einer Schule bildet das jeweilige Medienkonzept
- Derzeit werden ca. 3000 PC- bzw. Laptopenheiten, 345 Tablets, 159 Smartboards und 51 Server in den Schulen durch das Sachgebiet IT in Kasseler Schulen und Medienzentrum betreut (Stand 08/2017), zusätzlich 44 Server im Medienzentrum selbst
- Davon sind nur ca. die Hälfte der Geräte vernetzt

Aktueller Ausbaustand:**2. Pädagogisches Netz:**

- Aktuell sind die meisten allgemeinbildenden Schulen mit 50Mbit-Leitungen (VDSL) an das Internet angebunden, bei 6 Schulen liegt die Anbindung darunter
- Aktueller Trend ist der Einsatz von mobilen Endgeräten im Unterricht (Tablets)
- Die Beruflichen Schulen entscheiden überwiegend eigenverantwortlich über die IT-Ausstattung (Budget)

Ziele und Herausforderungen

Mittelfristiges Ziel ist es, in allen Unterrichtsräumen- bei einer vollständigen Verkabelung der Schulgebäude einschließlich der erforderlichen Stromversorgung- jederzeit Schulnetz und Internet nutzen zu können.

Dies folgt der Strategie der Kultusministerkonferenz vom 8.Dezember 2016 (Bildung in der digitalen Welt)

Hierfür sind erhebliche Investitionsmittel notwendig.

Wie soll das gelingen?

Für die allgemeinbildenden Schulen wurde ein Konzept erarbeitet. Grundvoraussetzung für die Umsetzung ist die flächendeckende Datenvernetzung von Klassenräumen in den Schulgebäuden.

Das Konzept sieht vor:

- Standardisierte Server-, Netzwerk und Ausstattungslösungen sowie eine zentrale Benutzerverwaltung
- Identische und transparente Rahmenbedingungen in allen Schulen

Wie soll das gelingen?

- Spezielle Schutzmaßnahmen in allen PC gegen versehentliche oder absichtliche Manipulationen zur Gewährleistung ständiger Betriebsbereitschaft
- Automatisierte Wiederherstellung von ausgefallenen Systemen
- Fernwartung
- Einsatz von intelligenten Software-Verteilungssystemen
- Gezielte Hilfestellungen über ein Support- und Fortbildungskonzept

Wie soll das gelingen?

An zwei Pilotschulen (Albert-Schweitzer-Schule und Valentin-Traudt-Schule) soll das Konzept für die allgemeinbildenden Schulen erprobt werden. Beide Schulen werden derzeit weitgehend vernetzt.

Wie soll das gelingen?

Für die Digitalisierung der 7 beruflichen Schulen der Stadt Kassel in Kooperation mit zwei beruflichen Schulen des Landkreises Kassel soll über ein Interessenbekundungsverfahren die Konzepterstellung für die IT-Ausstattung des pädagogischen Bereichs der beruflichen Schulen extern ausgeschrieben werden.

Weitere Anforderungen

Um die gute IT-Grundausstattung an den Standorten auf neuestem technischen Niveau zu erhalten, ist eine laufende Modernisierung über Leasing-Austausche notwendig

Zukünftig sollen eigene Endgeräte der Lehrenden und Lernenden eingebunden werden können (BYOD)

WLAN muss ausgebaut werden, um mobile Geräte einsetzen zu können

Weitere Anforderungen

Eine Bandbreitenerhöhung in das Internet wird notwendig, um die Online-Medien des Medienzentrums und Lernmanagementsysteme nutzen zu können.

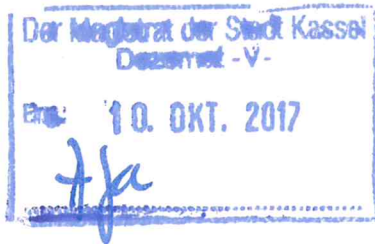
Sichere Speicher- und Austauschmöglichkeiten von Dateien sind erforderlich (Datenschutz, Urheberrecht)

Fazit

Um die IT im pädagogischen Netz der Schulen zukunftsfähig auszubauen und einheitliche Strukturen zu schaffen ist eine flächendeckende strukturierte LAN-Verkabelung sowie der WLAN-Ausbau der Kasseler Schulen mit Priorität umzusetzen. Dafür sind erhebliche Investitionsmittel notwendig.

Digitalisierung an den Kasseler Schulen





An - V -

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27. Februar 2017 und 15. März 2017 zur Vorlage im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung, **Vorlage Nr. 101.18.491**

Berufsschule im Übergang

Der Magistrat wird gebeten, die neue Schulform „BüA“, Berufsschule im Übergang, vorzustellen und u.a. auf die folgenden Aspekte einzugehen:

- Welche bildungspolitischen Ziele sind mit der Schulform BÜA verbunden?
- Welche Schulen und welche Kooperationspartner aus der Praxis sind beteiligt?
- Wie sind die Schulen bzw. Lehrkräfte auf die Umsetzung dieser Schulform vorbereitet?
- Welche Chancen bestehen für die Absolventen/Absolventinnen der Stufe I wie auch der Stufe II genügend Ausbildungsplätze zu erhalten?
- Welche Herausforderungen kommen auf die Stadt als Schulträger zu?

Das Hessische Kultusministerium führt in den Schuljahren 2017/18 bis 2020/21 einen Schulversuch zur Neuausrichtung des Übergangssystems an ausgewählten beruflichen Schulen durch. Im Rahmen dieses Schulversuchs soll eine neue, zweistufige Schulform erprobt werden - die Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA). Darin sollen Schülerinnen und Schüler aus den bisherigen Schulformen „Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung“, „zweijährige Berufsfachschule zum mittleren Abschluss“ und „einjährige höhere Berufsfachschule“ in Lehr- und Lernsituationen differenziert unterrichtet, individuell gefördert und betriebspraktisch begleitet werden, so dass sie nach der ersten Stufe bereits eine duale Berufsausbildung aufnehmen können.

Frage:

Welche bildungspolitischen Ziele sind mit der Schulform BÜA verbunden?

Ziel der BüA ist es, Schülerinnen und Schüler, die sich im Übergang Schule-Beruf befinden, optimal zu begleiten und individuell zu unterstützen. Die persönlichen und sozialen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler sollen gefördert werden und eine umfangreiche Berufsorientierung, verbunden mit betrieblichen Phasen, sowie eine gezielte individuelle Förderung in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch soll erfolgen. Weiterhin ist der Erwerb weiterführender Schulabschlüsse (Hauptschulabschluss, mittlerer Abschluss) möglich. Die Schülerinnen und Schüler sollen über diese duale Ausbildungsvorbereitung erfolgreich zu einer Berufsausbildung geführt werden.

Frage:

Welche Schulen und welche Kooperationspartner aus der Praxis sind beteiligt?

Alle Beruflichen Schulen der Stadt Kassel und des Landkreises Kassel haben sich im Verbund für die Durchführung des Schulversuches beworben und haben mit Erlass vom 27. Januar 2017 die Genehmigung des HKM erhalten. Als Kooperationspartner aus der Praxis sind beteiligt:

- *Industrie- und Handelskammer*
- *Handwerkskammer*
- *Ärzttekammern*
- *Kreishandwerkerschaft*
- *Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen*
- *Agentur für Arbeit*
- *Hessencampus Kassel*
- *OloV-Steuerungsgruppe*
- *Stadt + Land- Elternbeirat*

Alle Kooperationspartner haben eine entsprechende Absichtserklärung abgegeben, die der Bewerbung des Schulverbundes beigelegt wurde.

Frage:

Wie sind die Schulen bzw. Lehrkräfte auf die Umsetzung dieser Schulform vorbereitet?

Die beruflichen Schulen beschulen seit Jahren die Schulformen, die in der BÜA zusammengefasst werden. Somit sind die Lehrkräfte und die Schulen mit der Schülerklientel vertraut.

Das Hessische Kultusministerium bietet den an dem Schulversuch teilnehmenden Schulen bereits ab April 2017 Fortbildungen für die Lehrkräfte an, um die strukturellen, inhaltlichen und curricularen Voraussetzungen für die Umsetzung der BÜA zu entwickeln.

Viele der in BÜA geforderten inhaltlichen Elemente sind bereits an den beruflichen Schulen vorhanden und müssen für alle nutzbar gemacht werden. Für den Kooperationsverbund übernimmt diese Aufgabe unter anderem eine Steuerungsgruppe. Diese ist mit Vertreterinnen und Vertretern aus allen kooperierenden Berufsschulen besetzt, sodass die Kommunikation in die jeweiligen Schulen gewährleistet ist.

Jede berufliche Schule führt zur Einführung und Vorbereitung der BÜA pädagogische Tage oder pädagogische Konferenzen durch, in denen mit den Lehrkräften gemeinsam die BÜA an den Einzelschulen vorbereitet werden. Dieser Prozess findet gerade an den beruflichen Schulen des Verbundes statt.

Frage:

Welche Chancen bestehen für die Absolventen/Absolventinnen der Stufe I wie auch der Stufe II genügend Ausbildungsplätze zu erhalten?

Alle am Prozess Beteiligten – die Kammern, die Stadt Kassel (auch als Arbeitgeber), das Staatliche Schulamt, die Agentur für Arbeit – haben mit Letter of Intend ihre Absicht kundgetan, das BÜA-Konzept zu unterstützen. Es finden regelmäßig Treffen des sog. Runden Tisches statt, um den Übergang Berufliche Schule - Beruf zu optimieren und eine passgenaue Vermittlung zwischen Betrieb und Schüler in die Wege zu leiten. Das ist keine leichte Aufgabe, aber alle Beteiligten sind im Gespräch und schaffen neue Strukturen.

Da sich die BÜA-Schüler und Schülerinnen aus den ehemaligen BzB- und 2j. Berufsfachschülern und -schülerinnen sowie den Schülern und Schülerinnen der einjährigen höheren Berufsfachschule rekrutieren, hat sich auch die Schülerzahl gegenüber den Vorjahren nicht geändert. Es ist daher davon auszugehen, dass auch genügend Ausbildungsplätze vorhanden sein werden. Wie erfolgreich die Vermittlung in Ausbildung sein wird, wird der Schulversuch zeigen.

Frage:

Welche Herausforderungen kommen auf die Stadt als Schulträger zu?

Da die Schulform drei Schulformen in sich vereint, fallen für die Stadt Kassel als Schulträger keine zusätzlichen Kosten für Ausstattung, Personal oder Räume an.

Vorlage Nr. 101.18.613

10. August 2017
1 von 1

Gesundheitliche Entwicklung der Kasseler Kinder

Gemeinsame Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Erkenntnisse hat der Magistrat über die gesundheitlichen Entwicklungen bei Kindern?
2. Wie bewertet der Magistrat die Kooperation der Einrichtungen (Sportvereine, Stadtimker, Kinderbauernhof, etc.) untereinander und mit weiteren Akteuren?
3. Welche Programme und Angebote haben sich erfolgreich gezeigt, welche könnten gestärkt, welche aufgebaut werden?
4. Wie bewertet der Magistrat Angebote der Umwelt- und Gesundheitsbildung im Zusammenhang mit der gesundheitlichen Entwicklung?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Boris Mijatovic

Dr. Günther Schnell
Fraktionsvorsitzender
SPD

Dieter Beig
Fraktionsvorsitzender
B90/Grüne

Dr. Cornelia Janusch
Stadtverordnete

Andreas Ernst
Stadtverordneter

Kindergesundheit in Kassel

Ausgewählte Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen und der zahnmedizinischen Reihenuntersuchungen des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes aus den Jahren 2012 bis 2016

Vorlage für den Ausschuss Schule, Jugend und Bildung

Inhalt

Körpercheck	2
Körpergewicht	3
Sprachscreening	4
Impfstatus	5
Zahngesundheit	6

1

Körpercheck nach Geschlecht und Familiensprache

Der Körpercheck ist ein Teil der ärztlichen Diagnostik der Schuleingangsuntersuchung. Untersucht wird der gesundheitliche Zustand anhand verschiedener Parameter wie der Ernährungszustand, die Beschaffenheit von Haut, Haaren und Nägel, des Bewegungsapparates, von Mund, Nase und Ohren, die Funktion der Atmung sowie des Herz-Kreislaufsystems, der Bauorgane, des Nervensystems sowie des hormonbildenden Systems. Ein unauffälliger Befund im Rahmen des Körperchecks liegt dann vor, wenn in allen o.g. Bereichen keine Auffälligkeiten festgestellt worden sind.

Insgesamt ist die körperliche Gesundheit der Einschulungskinder in den fünf zurückliegenden Jahren auf konstantem Niveau. Mädchen haben beim Körpercheck über den gesamten Erhebungszeitraum 2012 bis 2016 etwas bessere Ergebnisse als Jungen.

Eine Verschlechterung der körperlichen Gesundheit ist im Kontext der vermehrten Zuwanderung von Flüchtlingen anhand der Daten der Schuleingangsuntersuchungen bislang nicht zu erkennen.

Abb. 1: Anteil der untersuchten Kinder mit unauffälligem Körpercheck nach Geschlecht, Stadt Kassel

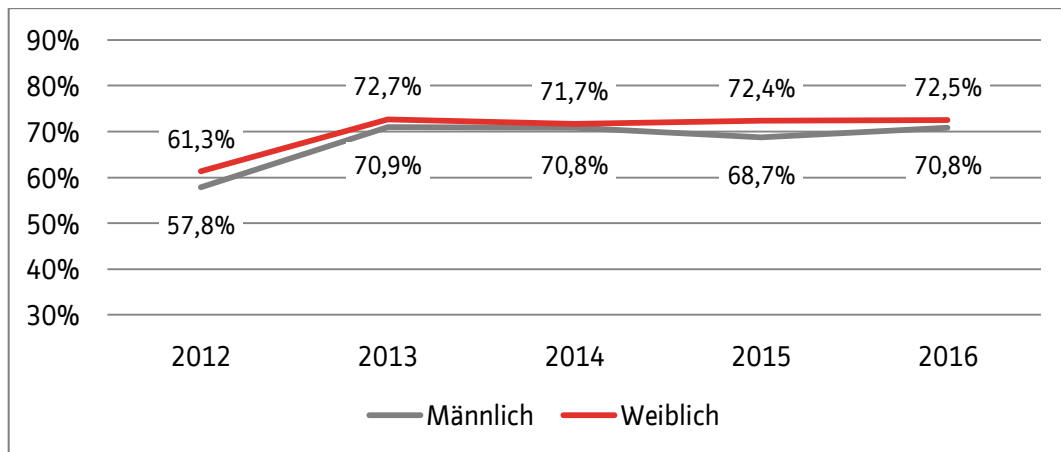
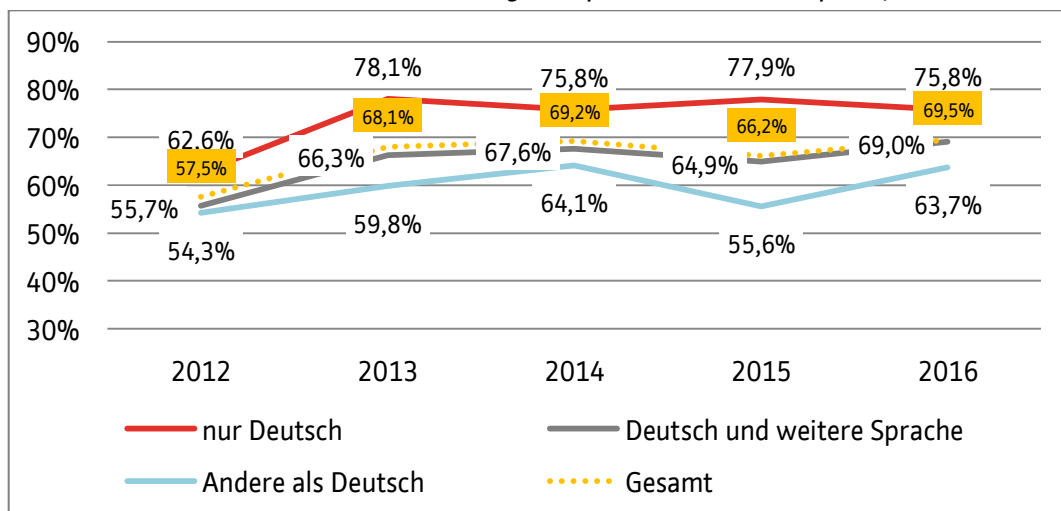


Abb. 2: Anteil der untersuchten Kinder mit unauffälligem Körpercheck nach Familiensprache, Stadt Kassel



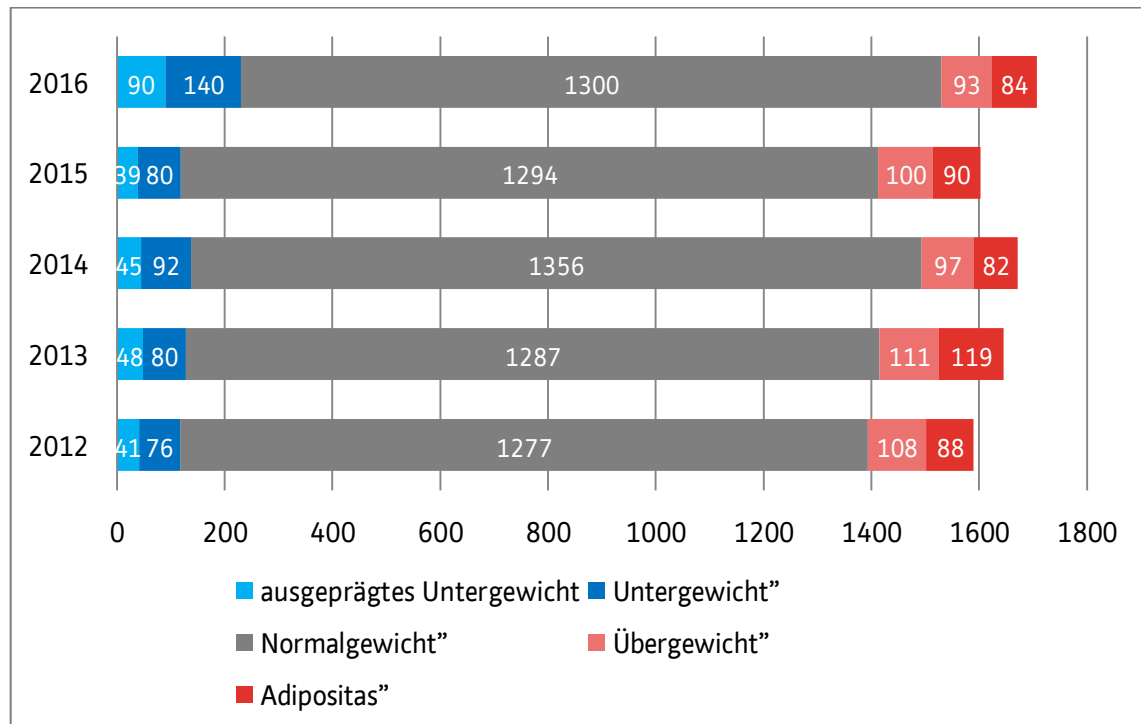
2 Körpergewicht nach Gewichtsklassen

Das Körpergewicht im Verhältnis zur Körpergröße (Body Mass Index) ist ein wichtiger Indikator für die Kindergesundheit. Insbesondere Übergewicht und Adipositas bei Kindern bergen hohe Risiken für die gesundheitliche Entwicklung.

Sowohl die Zahl übergewichtiger als auch fettleibiger Einschulungskinder war im Jahr 2016 gegenüber dem Trend der Vorjahre leicht rückläufig. Insofern ein gutes Ergebnis.

Häufig unterschätzt bleibt das Risiko eines ausgeprägten Untergewichts. In 2016 stieg die Anzahl extrem untergewichtiger Kinder gegenüber den Jahren 2012 bis 2015 um rund das Doppelte an. Demnach waren von den im Rahmen der Schuleingangsuntersuchungen für das Schuljahr 2016 untersuchten Kindern 13,5 % oder 230 untergewichtig. Davon waren 90 Kinder ausgeprägt untergewichtig (5,27 %).

Abb. 3: Anzahl untersuchter Kinder nach Gewichtsklassen, Stadt Kassel



3 Sprachscreening nach Geschlecht und Familiensprache

Das Sprachscreening dient der Beurteilung der Spracheentwicklung der Kinder. Untersucht wird z.B. Erstsprache, Deutschkenntnisse, Grammatik und Artikulation.

Die Sprachentwicklung der Kinder, die für das Schuljahr 2016/2017 untersucht wurden, zeigt gegenüber den Vorjahreskohorten keinen besonderen Auffälligkeiten oder Trends. Mädchen schneiden im Sprachscreening konstant deutlich besser ab als Jungen.

Hinsichtlich der Kinder aus Familien, in denen neben Deutsch noch mindestens eine weitere Sprache gesprochen wird, ist die Sprachentwicklung in 2016 mit 63,1 % auf dem höchsten Wert innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraum 2012 bis 2016. Demgegenüber sind die Ergebnisse von Kindern aus nicht-deutschsprachigen Familien in Bezug auf die Sprachentwicklung erwartungsgemäß deutlich schlechter.

Abb. 4: Anteil untersuchter Kinder mit altersgerechter Sprachentwicklung nach Geschlecht, Stadt Kassel

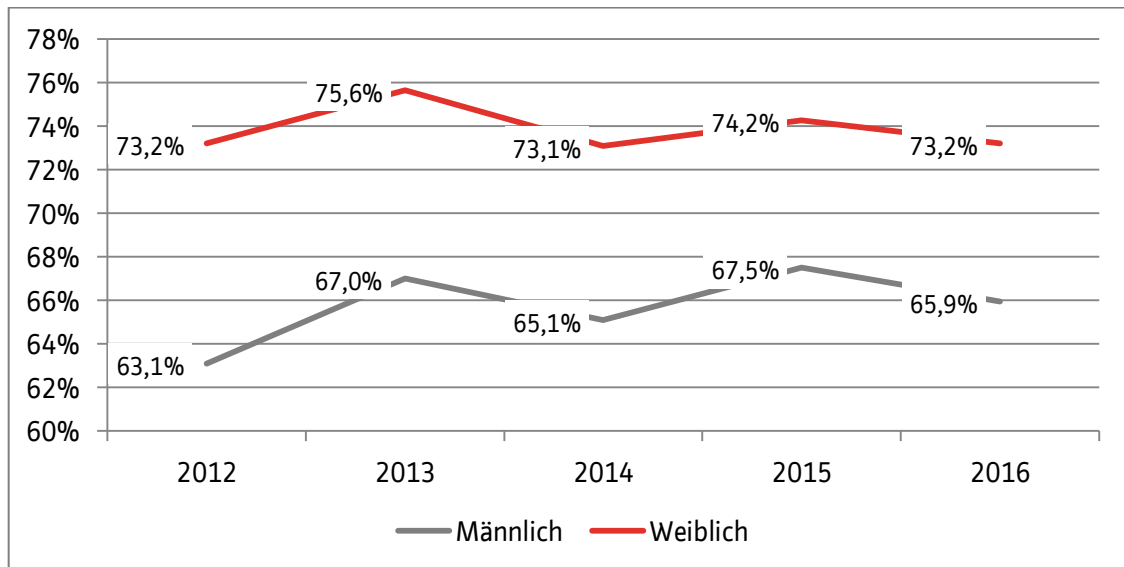
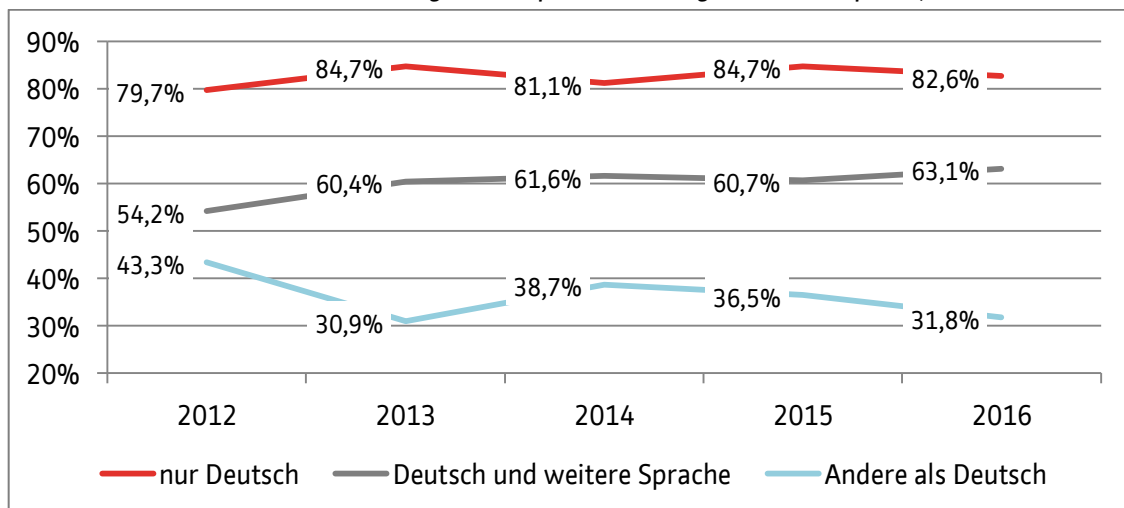


Abb. 5: Anteil untersuchter Kinder mit altersgerechter Sprachentwicklung nach Familiensprache, Stadt Kassel



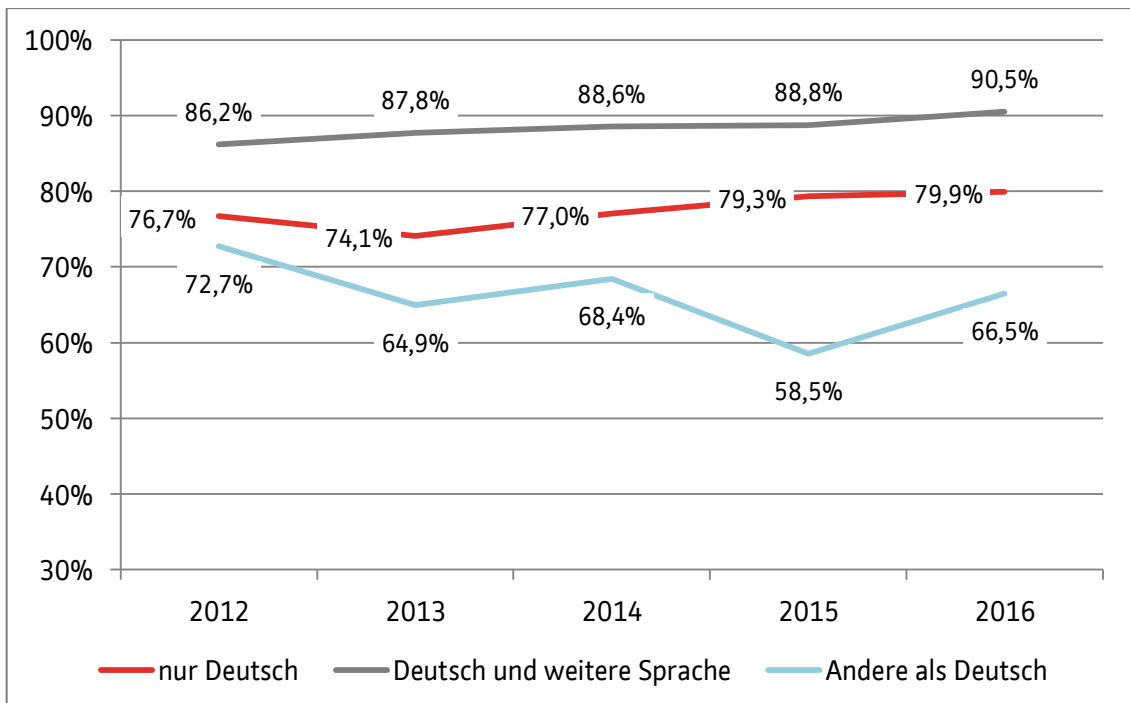
4

Inanspruchnahme von Impfungen gemäß den Empfehlungen des Robert Koch-Institutes nach Familiensprache

Die Empfehlungen der Ständigen Impfkommission des Robert Koch-Institutes werden immer häufiger beim Impfschutz von Kindern konsequent umgesetzt. Dies zeigen die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen. Ihnen zufolge setzte sich der Aufwärtstrend sowohl in der Gruppe der deutschsprachigen als auch in der Gruppe der Kinder weiter fort, die in ihren Familien neben Deutsch noch weitere Sprachen sprechen.

Der Impfstatus von Kindern aus deutschen Haushalten bleibt allerdings nach wie vor weit hinter den Impfzielen des Robert Koch-Institutes zurück.

Abb. 6: Anteil Kinder mit vollständigem Impfschutz nach RKI-Empfehlung nach Familiensprache, Stadt Kassel



5 Zahngesundheit

Die Anzahl der Kinder mit primär gesunden Zähnen ist innerhalb des Zeitraums 2012 bis 2016 von 58,0 % auf 48,2 % gesunken, während die Sanierungsrate im gleichen Zeitraum leicht gestiegen ist.

In Zusammenhang mit dem abnehmenden Anteil naturgesunder Zähne steht der Anstieg des zahnmedizinischen Behandlungsbedarfs, der im gleichen Zeitraum von 21,5 % auf 28,2 % angestiegen ist, dies spiegelt sich auch im Anstieg des dmft-Indexes für das Milchgebiss wider. Diese Kinder müssen zahnmedizinisch behandelt werden, um dauerhafte Schäden im bleibenden Gebiss zu verhindern.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse der letzten fünf Schuljahre eine erheblich Verschlechterung der Zahngesundheit bei Kasseler Einschulungskindern.

Abb. 7: Anteil primär gesunder Zähne der 6-, 9- und 12-jährigen Kinder, 2012-2016, Stadt Kassel

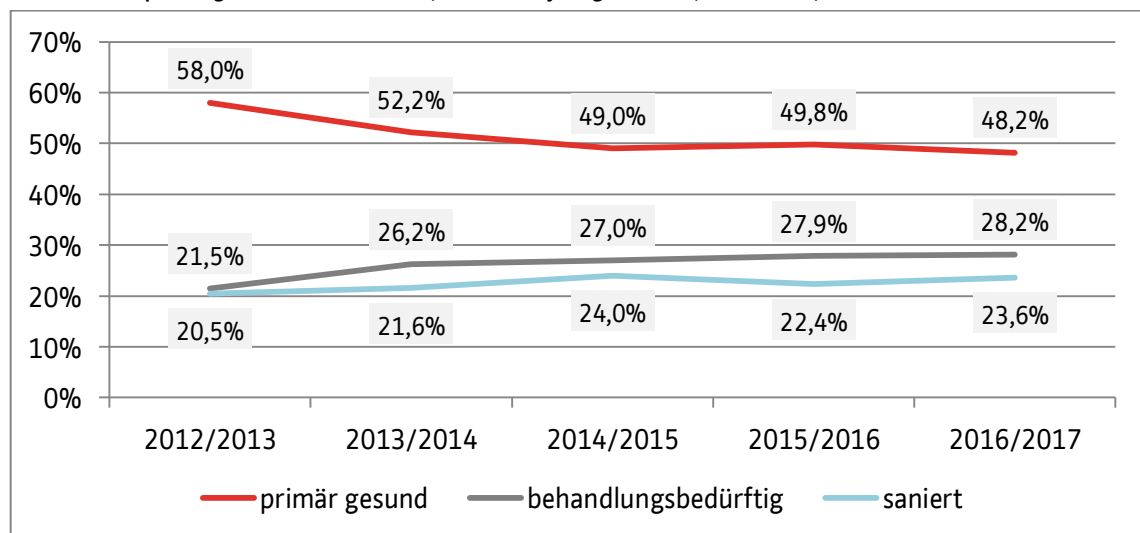
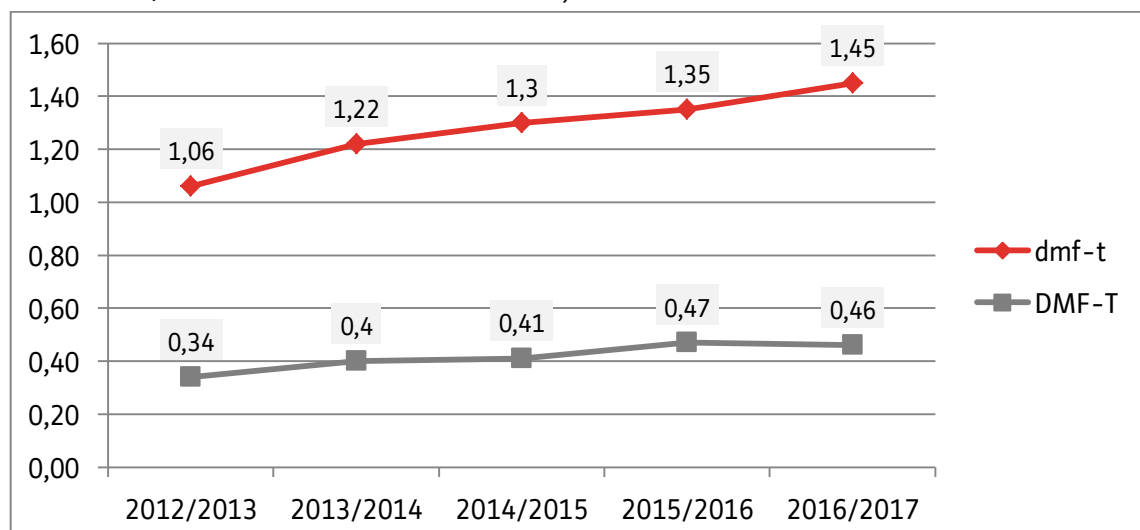


Abb. 8: DMF-T/dmf-t alle Kinder Stadt Kassel 2012-2016, Stadt Kassel



Vorlage Nr. 101.18.652

7. September 2017
1 von 1

Verbesserung der Sicherheit gefährlicher Schulwege

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Kasseler Straßen bzw. Schulwege werden vom Magistrat als besonders gefährlich eingestuft?
2. Welche Überlegungen und konkreten Planungen hat der Magistrat, um kurzfristig die im Kasseler Stadtgebiet vorhandenen und als besonders gefährlich eingestuften Schulwege für die Kinder sicherer zu machen?
3. Was unternimmt der Magistrat, um Eltern, die ihre Kinder mit dem PKW zur Schule fahren, davon abzuhalten, die Schulkinder an gefährlichen Stellen direkt vor den Schulen (z. B. in Halteverbotszonen) aussteigen zu lassen?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Jutta Schwalm

gez. Dr. Michael von Rügen
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.18.653

7. September 2017
1 von 1

Unterrichtsbefreiung aufgrund religiöser Feiertage

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

Welche christlichen, muslimischen oder jüdischen Feiertage berechtigen zur Befreiung vom Unterricht und sind jeweils die Angehörigen der Glaubensgruppen darüber informiert?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Jutta Schwalm

gez. Dr. Michael von Rügen
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.18.655

8. September 2017
1 von 1

Bundesmittel KIP

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Nach welchen Kriterien soll die Verteilung der Bundesmittel für das kommunale Investitionsprogramm (KIP) erfolgen?
2. Welche Mittel in welcher Höhe sind für die Kasseler Schulen vorgesehen?
3. Welche Prioritäten werden für den Einsatz der Mittel angelegt?
4. Zu welchem Zeitpunkt können die Mittel frühestens verplant werden?
5. Kann der Magistrat grundsätzlich die Höhe des Sanierungsbedarfs der Kasseler Schulen beziffern?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Jutta Schwalm

gez. Dr. Michael von Rügen
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.18.656

8. September 2017
1 von 1

Teilnahme muslimischer Schülerinnen und Schüler am Ethikunterricht

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. An welchen Kasseler Schulen nehmen wie viele muslimische Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund am Ethikunterricht teil?
2. Wie viele muslimische Schülerinnen und Schüler werden jeweils im Klassenverband belassen und nehmen somit nicht am Ethikunterricht teil?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Jutta Schwalm

gez. Dr. Michael von Rüden
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.18.658

11. September 2017
1 von 1

Schülerticket auch für die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, das hessische Schulgesetz mit der Maßgabe zu ändern, dass auch die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II in den Katalog des Absatzes 1 des § 161 HSchG mit aufgenommen werden und somit alle hessischen Schülerinnen und Schüler bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen Anspruch auf kostenfreie Beförderung haben.

Begründung:

Das kürzlich eingeführte hessische Schülerticket erhalten diejenigen Schüler kostenlos, welche bisher kostenfrei befördert worden sind. Die Schülerinnen und Schüler der Oberstufe müssen nach wie vor als Selbstzahler den Schulweg finanzieren, also mindestens 365 Euro pro Schuljahr bezahlen.

Das Jobticket, welches ab dem Jahr 2018 allen hessischen Landesbediensteten kostenlos zur Verfügung gestellt wird, führt dazu, dass künftig Lehrer sowie andere Landesbedienstete mit dem ÖPNV die Schule kostenlos erreichen können, während die Schüler der Oberstufe für dieselbe Fahrt mit dem ÖPNV zahlen müssen. Diese Gerechtigkeitslücke sollte schnellstens geschlossen werden.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Matthias Nölke

Thorsten Burmeister
Stadtverordneter